



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/287 - 18.12.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Hinweise
auf den Inhalt:

Das Frage- und Antwortdrama um den Kanzler	S. 1
Deutsche in Belgien	S. 3
Ministerpräsident Höger: Das Programm der Bayern-Regierung	S. 4
Eine grosse Erbschlerin (zu Minna Spechts 75.Geburtstag)	S. 6
Ausgebliebene Weihnachtsgabe für Kriegsoffer	S. 8
Erhard und die italienischen Landarbeiter	S. 8

Ein Kapitel über politischen Takt

sp - Der CDU/CSU-Pressedienst hat dem Bundestagsvizepräsidenten Prof. Carlo Schmid, einem der verbindlichsten Abgeordneten des Bonner Parlaments, grob und unbeholfen vorgeworfen, er hätte in der außenpolitischen Debatte eine "Taktlosigkeit" begangen, als er den Bundeskanzler zu einer Antwort auf eine Zwischenfrage habe "zwingen" wollen, die sich auf ein "gesellschaftliches, ja privates Zusammensein" bezogen habe.

Der CDU/CSU-Pressedienst hat sich offenbar auf Mitteilungen aus dritter Hand stützen müssen, denn die Zwischenfragen Carlo Schmid's, die den Kanzler so sehr bedrängten,*auf die Pariser Vorgänge vom 22. und 23. Oktober 1954. Damals, in den bewegten Tagen der Pariser Verhandlungen, konferierte der Kanzler zweimal mit den nach Paris gerufenen Vertretern aller Bonner Parteien und er aß an jenem turbulenten Freitag auch mit ihnen zu Mittag. In dieses Essen platzte die Meldung von dem Beschluß des französischen Ministerrates hinein, dass Mendès-France die Militär-Verträge nur unterschreiben dürfe, wenn das Saar-Abkommen perfekt sei.

Das also geschah in Paris, und der vollkommenen Klarstellung dieser Vorgänge vor dem deutschen Bundestag und damit vor der deut-
*bezogen sich

schen Öffentlichkeit dienten die Fragen Carlo Schmid's. Hier soll nun nur ganz nüchtern festgestellt werden, dass es angesichts der politischen Bedeutung der Pariser Vorgänge geradezu töricht wirkt, wenn der CDU/CSU-Pressedienst von einem "gesellschaftlichen, ja privaten Zusammensein" spricht, dessen auch so traulichen Charakters der böse SPD-Mann Carlo Schmid mißbraucht haben soll. Und was soll das heißen, wenn der CDU/CSU-Pressedienst jammert, Adenauer sei nicht in der Lage gewesen, zu dieser "gewissen Frage" Stellung zu nehmen? Was Carlo Schmid vom Kanzler bestätigt haben wollte und was dieser dem Bundestag hätte sagen müssen, das haben am 22. Oktober in Paris die Schlagzeilen aller Abendzeitungen in die Welt gerufen! Wenn das schon Staatsgeheimnisse sein sollen, dann kann man sich ausmalen, wie die Bonner Politik aussehen würde, wenn sie nach den Wünschen der CDU/CSU abgeschirmt werden sollte!

Und die angebliche Taktlosigkeit, die Carlo Schmid begangen haben soll? Sämtliche deutschen und ausländischen Journalisten, die Beobachter der außenpolitischen Debatte gewesen sind, haben ein gemeinsames Urteil: Prof. Carlo Schmid hat mit gerade beispielhaftem Takt darauf verzichtet, den Kanzler weiter in die Ecke zu treiben, als er erkannte, dass der Regierungschef der Situation aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr gewachsen war. Aber alle Journalisten waren sich auch in diesem Urteil einig: Wenn umgekehrt Adenauer in der Vorstand gewesen wäre, dann hätte er um keinen Preis in der Welt unterlassen, den angeschlagenen Gegner bis zur völligen Aufgabe zu schlagen! Wenn der CDU/CSU-Pressedienst anderer Meinung ist, dann aus dem begreiflichen Wunsche, sich vor den Kanzler und eigener Parteichef zu stellen. Aber er wird selbst nicht erwarten, dass er damit irgend jemanden überzeugen kann.

Wieviel Deutsch-Sprechende leben in Eupen-Malmedy?

pt - Brüssel

Schon der erste Weltkrieg und seine Niederlage hinterliessen ein deutsches Grenzgebiet im Westen, das gegen den Willen seiner Bewohner gewissermassen als "Kriegsentschädigung" an einen Verbündeten der Sieger gegeben wurde. Die Aachener Grenzkreise Eupen-Malmedy wurden an Belgien verschoben. Immerhin achtete Belgien die deutsche Kultur und Sprache dieses Gebietes. Der verstorbene grosse belgische Sozialistenführer Vandervelde vor allem setzte sich dafür ein. Es ist nicht zuletzt sein Werk, wenn in den annektierten Gebieten Deutsch als Schulsprache und Amtsprache eingeführt und bis heute als gleichberechtigte Sprache neben französisch (wallonisch) und flämisch beibehalten wurde - trotz des Schindluders, den der hitlerische Nazismus auch mit der dortigen Bevölkerung getrieben hatte.

Die sozialistisch-liberale Koalitionsregierung hatte jetzt den Mut, die von der Christlichsozialen im Jahre 1947 veranstaltete Sprachzählung zu veröffentlichen. Sie zeigt, dass zum mindesten im Bezirk Eupen nach wie vor Deutsch die Muttersprache der Mehrheit der Bevölkerung ist. 59 227 Personen gaben dort an, nur Deutsch zu sprechen. Die absolut grösste Zahl dieser Personen lebt in der Stadt Eupen, in der 9 489 Deutsch als ihre Muttersprache angaben. Mit 65 Prozent der Gesamtbevölkerung besitzt Eupen jedoch nicht den grössten Prozentsatz der Menschen deutscher Muttersprache, sondern einige kleinere Orte sind noch ausschliesslicher von nur Deutschsprechenden bewohnt. An ihrer Spitze steht das Dorf Reuland (2 000 Einwohner) mit 84,2 Prozent, gefolgt von 14 Orten mit über 70 Prozent. Die entsprechenden Zahlen für Eupen und Malmedy sind 65 und 5,31 Prozent.

Rechnet man die Personen dazu, die sich als "Deutsch und Französisch-Sprechend" bezeichnen, so ergeben sich für Eupen 85 Prozent der Einwohner, für Malmedy aber auch 63 Prozent - also eine ausgesprochen zweisprachige Stadt. Wieder finden sich über zehn kleinere Orte, in denen die Zahl der Deutschsprechenden zusammen mit denen, die Deutsch und Französisch angeben, über 90 Prozent erreicht. Nur in zwei Orten findet sich eine nur französisch sprechende Mehrheit der Bevölkerung, weniger als fünf Prozent der Gesamtbevölkerung. Eine gewisse, nirgends über 20 Prozent hinausgehende Anzahl der erfassten Personen gibt an, alle drei Landessprachen, französisch, flämisch

und deutsch, zu beherrschen.

Zu berücksichtigen dürfte sein, dass diese Zahlen den deutschen Anteil wahrscheinlich nicht ganz entsprechen. Im Jahre 1947, als der Zensus veranstaltet wurde, war in jenen Bezirken noch eine freilich erklärbare Scheu vorhanden, sich zum Deutschtum zu bekennen. Ein grosser Teil derjenigen, die "Deutsch und Französisch" angegeben haben, dürften in Wirklichkeit deutscher Muttersprache sein, oft dürfte das auch bei denjenigen der Fall sein, die "Flämisch und Deutsch" angaben. Aus den Verfolgungsjahren 1945/46 ist bekannt, dass man sich in Eupen/Malmedy bemühte, seinem Deutsch einen flämischen Klang zu geben, um nicht "aufzufallen".

+ + +

Wir kämpfen mit offenem Visier

von

Dr. Wilhelm Hoegner, bayerischer Ministerpräsident

Nach Art. 3 der Bayerischen Verfassung ist Bayern ein Volkstaat. Die Mehrheit entscheidet. Nirgends ist vorgeschrieben, dass die stärkste Partei immer bei der Mehrheit dabei sein muß. Nirgends ist verboten, dass sich mehrere kleine Parteien zusammenschließen und auf diese Weise die stärkste Partei in die Minderheit versetzen. In der Volksherrschaft gilt nicht das Recht der Stärkeren, sondern das Recht der Mehreren. Die parlamentarische Gepflogenheit, die Stelle des Parlamentspräsidenten der stärksten Fraktion zu überlassen, kann nicht auf die Bildung einer Regierung übertragen werden. Hier haben die Parteien freie Hand. Hier entscheidet der Mehrheitswille, nicht der Wille einer noch so starken Minderheit.

Die Kleinen schließen sich zusammen, wenn der Große zu mächtig wird. So verbündeten sich England, Preußen, Rußland und Österreich gegen einen Napoleon. Ich bin nun weit davon entfernt, die CSU etwa mit Napoleon zu vergleichen. Sie hat mit dem großen Korsen nur eines gemein: die Überschätzung der eigenen und die Unterschätzung der gegnerischen Kräfte. Wenn man nur 39 % aller Wählerstimmen hat, kann man sich nicht gebärden, als ob man 51 % besäße. Die Nacht ist böse, hat ein großer Kulturhistoriker gesagt. Sie verleitet zum Übermut, zur Mißachtung des Anderen. Sie arzt häufig im Allmachtsdinkel aus. Das ist in Bayern geschehen. Die Folge davon war der Aufstand der Fraktionen, die sich einer befürchteten Zwangsherrschaft der Christlich-Sozialen Union nicht unterwerfen wollten. Sie gingen nicht

unter das Joch, das bereits aufgerichtet schien. Sie wollten frei sein von Übermacht und frei von Furcht.

Die neue Vierer-Koalition will niemand unterdrücken. Sie will im politischen Leben Bayerns wieder ein gesundes Gleichgewicht herstellen. Sie will auf religiösem und politischem Gebiet wieder jene Duldsamkeit pflegen, die einem Staate geziert, in dem Menschen verschiedener politischer Farbe und verschiedener Bekenntnisse miteinander leben müssen. Die Unduldsamkeit sollte einer vergangenen Zeit angehören. Der Pfarrer, der geglaubt hat, in einem Jahr wieder ins Konzentrationslager zu kommen, wird seine Rechnung ohne uns gemacht haben. Wir wollen die Rechte der Kirchen, wie sie durch Verfassung und Kirchenverträge festgelegt sind, gewissenhaft achten, aber auch die Rechte des Staates nicht zu kurz kommen lassen. Wir wollen die Befreiung des Lehrerstandes aus einer jahrhundertalten Bevormundung und Niederhaltung. Wir wollen gute Deutsche, aber auch gute Bayern sein. Wir wollen eine Schulreform, bei der nicht nur die Schulbeamten eines Ministeriums, sondern auch die Lehrer und sogar die Eltern mitzureden haben.

In unserer Koalitionsvereinbarung ist die Fortführung der Sozialpolitik, besonders auch die Fortführung des sozialen Wohnungsbaues unter besonderer Berücksichtigung der geringen Einkommen und der Kinderreichen besonders hervorgehoben! Auf eine gerechte Berücksichtigung aller Kriegssachgeschädigten, Ausgebombten und Evakuierten ist ein Hauptgewicht gelegt. Die Heimatvertriebenen sollen wirtschaftlich vollends eingegliedert werden. Selbstverständlich denken wir nicht daran, das Privateigentum abzuschaffen. Wir wollen die bayerische Wirtschaft stärken, die Verwaltung vereinfachen, eine sparsame Ausgabenwirtschaft treiben und dem Bund geben, was des Bundes ist. Leben und leben lassen, das sollte nach unserer Meinung nicht nur eine bayerische Eigenart, sondern auch das Lösungswort des Bundesfinanzministers sein.

Sicherlich wird es schwer sein, eine Koalitionspolitik zu treiben, die vier verschiedenen Fraktionen gerecht wird. Aber wenn diese Regierung kein Erfolg wird, dann werden die letzten Dinge in Bayern ärger sein als die ersten. Dann müßte man in Bayern endgültig die Hoffnung begraben, die Vergangenheit, das ewig-Gestrige zu überwinden. Das darf nicht sein, nach unserem Willen sollte ein neuer Tag in Bayern angebrochen sein.

Ein Augsburger Großindustrieller hat die Bildung der Vierer-Koalition in Bayern mit einer "Maskerade" verglichen. Wir tragen keine Masken, wir kämpfen mit offenem Visier. Wir wollen aber einigen Vermurksten in Bayern die goldenen und die schwarzen Larven abreißen und ihre Gesichter der Öffentlichkeit enthüllen. Das wird dann für jene Kreise der graue Aschermittwoch sein.

Regierung und Kindergarten

Von Willi Eichler

Es gibt eine paradox formulierte Frage, die geeignet ist, Politiker und Erzieher gleichermassen durcheinander zu bringen: ob die Regierung den Kindergarten oder der Kindergarten die Regierung beeinflusse.

Eine der bedeutendsten Erzieherinnen unserer Tage, Minna Specht, deren 75. Geburtstag wir am 22. Dezember feiern werden, hat diese Lebensfrage jeder demokratischen Gesellschaft zunächst kurzerhand auf einen leicht überschaubaren Tatbestand reduziert: "Der Kindergarten ist eine Einrichtung des Staates und nicht umgekehrt. Kindergärten mögen eine gute Gartenerde herstellen zu vielerlei Wachstum, oder dem Boden jede Fruchtbarkeit entziehen, - der Staat kann sie schließen oder sie erweitern, ihnen Freiheit gewähren oder sie zur Abrichtung benutzen."

Diese klaren Worte, die die Bedeutung der staatlichen Einnischung in die Erziehung bis zu deren Umkehrung ins Gegenteil in die Augen springen lassen, stehen in einem kleinen Buch, das Minna Specht mit dem schönen Wort "Gesinnungswandel" überschrieben hat, - und nicht etwa mit "Politischer Formenwandel". Das Problem ist also nicht so einfach, wie es aussieht. Manche meinen, ein "neuer Staat" würde schon eine "neue" Erziehung, natürlich eine "gute" bewirken - es komme daher auf die Erroberung der Macht an. Andere meinen, eine bessere Gesellschaft könne nur als einer Besserung der Gesinnung erfolgen, diese aber sei, als Ergebnis pädagogischer Anstrengungen, nicht Sache der Politik. Ergebnis: Der unpolitische Erzieher, der dem Kindergarten bis hinauf zur Universität und zur Erwachsenenbildung alle Anstrengungen widmet, und der "realistisch" um Macht und Einfluss kämpfende Politiker, der Erziehung für eine schöne, im Augenblick aber fernliegende Frage ungebührlich bevorzugte Sache hält.

Vorschule des Volkes

In demokratischen Staat, so weit er nicht die Abstimmungsmaschinerie

für das Alleinseligmachende seiner Existenz hält, sondern den Schicksal und die Ermütigung der Freiheit als sein Lebenselixier ansieht, wird die einigungs gestellte Frage nichtparadox erscheinen. Die Regierung wird den Kindergarten als die Vorschule des Volkes und also auch seiner Regierung ansehen, und der "Kindergrätner" wird Gewinnung nicht als etwas Formales, als blosse Übereinstimmung von Überzeugung und Handeln auffassen, sondern sich auch über den Inhalt der Überzeugungen Gedanken machen: Er wird die Ideale der Freiheit, der Verantwortungsfreudigkeit, des Rechts und der Solidarität als Gesamtauffassung einer demokratischen Lebenshaltung in seine Erziehungsaufgabe einbeziehen.

Sozialismus und Demokratie können ohne solche Verbindung von Politik und Erziehung nicht auskommen. Minna Specht weiss das seit fünfzig Jahren. Sie hat den Beruf der Oberlehrerin bald an den Nagel gehängt. Den Drill der Staatsschule vertauschte sie mit der Arbeit an den von Hermann Lietz gegründeten Landerziehungsheim. Ihr Zusammenarbeiten mit Leonard Nelson bestärkte sie in ihrer pädagogisch-politischen Haltung, und die Erfahrung bestätigte sie ihr. Von 1924 bis 1933 leitete sie das sozialistische Landerziehungsheim Welkenhütle, in dem Kinder und Jugendliche aus vielen Ländern zu Sozialisten herangebildet, nicht als "Zöglinge" behandelt wurden. Der "Ausbruch der Karte" trieb Minna Specht und die Schule in die Emigration. Dort ging die Arbeit weiter, bis die Internierung der Lehrer im Kriege ihr die Ende setzte.

Nach dem Zusammenbruch übernahm Minna Specht die Odenwaldschule und schliesslich eine Arbeit am IKSOC-Institut für Pädagogik in Hamburg.

Über ihre pädagogische Arbeit hinaus über wirkt diese erstaunliche Frau unermüdlich auch in der Öffentlichkeit. Ihre Rede auf der Frauenkonferenz in Fulda vor drei Jahren war richtungweisend für eine in der Gesinnung fundierte sozialistische Politik. Sie ist auch mit grosser Begeisterung so aufgenommen worden. Auf unzähligen Konferenzen und Tagungen in Deutschland und im Ausland wirkt Minna Specht für ihr politisches und pädagogisches Anliegen: Für eine Welt der Freiheit und der Gerechtigkeit, der Toleranz und echten Verständigung, in der niemand wie Schiller sagt, "um Recht zu tun, nötig hat, zu entbehren".

Grundrentenerhöhung am Rande

sp - Zwei Tage wurde im Bundestag in erregenden Debatten über ein Milliardenprojekt verhandelt. Es ging um die westdeutsche Wiederbewaffnung. Einem Vorhaben, das nach Meinung vieler, die es wissen müssen, den bundesrepublikanischen Bürgern jährlich die "bescheidene" Summe von etwa 15 Milliarden DM abverlangt wird.

Ganz am Rande dieser schicksalhaften Tage spielte sich im Bundestag folgendes ab: Es lag ein Antrag der sozialdemokratischen Opposition vor, allen Kriegsoffizieren, gewissermaßen als Weihnachtsgabe, im Hinblick auf die von niemandem bestrittene allgemeine Teuerung eine 13. Monatsrente zu gewähren. Damit sollte, das war die Absicht der Antragsteller, die durch die Bundesregierung verschuldete Verzögerung der Grundrentenerhöhung zunächst abgegolten werden. Schon in den Sommermonaten dieses Jahres hatte nämlich der Bundestag einstimmig die Bundesregierung beauftragt, recht bald ein Gesetz zur Erhöhung der Grundrenten vorzulegen. Die Regierung schleppte die Sache hin, erst durch das Drängen der Opposition kam es in diesen Tagen zur Verabschiedung dieses Gesetzes.

Für das nun ablaufende Jahr gehen die Kriegsoffiziere also leer aus. Die von der Opposition den Kriegsoffizieren zugedachte Weihnachtsgabe wurde von der Koalition verworfen, weil für einen solchen Zweck - und das gilt auch für die gesamte Rentenerhöhung - im Haushalt keine Mittel vorgesehen seien. Dieses Verhalten der Koalition steht in einem merkwürdigen aber doch recht beachtenden Gegensatz zu ihrer Bereitschaft, jenen Pariser Verträgen zuzustimmen, die das deutsche Volk mit unübersehbaren Lasten belasten. Hier war man knauserig mit Millionen, dort aber, wo es um viele Milliarden geht, zeigt man sich großzügig...

* * *

Vorsicht, Herr Erhard!

n.st. Der Beschluß des Bundeswirtschaftsministers, wie einst, italienische Wanderarbeiter nach Deutschland zu holen, die als billige Arbeitskräfte unsere deutschen Löhne drücken sollen, ist in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik auf heftigen Widerstand gestoßen. Die Gewerkschaften Bau, Steine, Erden sowie Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft haben erklärt, dass ausländische Arbeitskräfte nicht benötigt werden, und überdies nachgewiesen, dass zunächst einmal die vorhandenen über eine Million deutsche Angestellte und Arbeiter beschäftigt werden müßten. Freilich müßte die Mehrzahl von ihnen umgeschult werden; doch diese Mühe ist in jedem Falle geringer als die Gefahren, die durch die Verpflichtung italienischer Arbeiter für uns heraufbeschworen werden.

Herr Erhard muß sich dabei nämlich sehr vorsehen, wenn er sich bei seinen Vereinbarungen mit den italienischen Behörden nicht die Finger verbrennen will. Wie Wiener Zeitungen berichten, haben dort vor etwa vier Wochen Besprechungen führender deutscher Kommunisten mit italienischen Kommunisten stattgefunden, bei denen vereinbart wurde, die von Erhard geplante Verpflichtung hunderttausender von Italienern in großem Maßstab zur Infiltration der deutschen Bundesrepublik auszunutzen! Insgesamt 6.000 geschulte Instrukteure des kommunistischen Gewerkschaftsbundes und der italienischen KP stehen bereit, um mit den ebenfalls vorwiegend der KP angehörenden Arbeitern in die Bundesrepublik eingeschleust zu werden. Würden Sie das, Herr Erhard? Offenbar nicht, denn sonst hätten Sie Ihre Verhandlungen mit den italienischen Behörden, die vor Weihnachten in Rom stattfanden, doch wohl nicht abgeschlossen. Und was gedenken Sie nun zu tun?

* * *

Verantwortlich: Peter Raukau